

Überblick

1/2017

Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in der historisch-politischen Bildungsarbeit

- ▶ **Erweiterte Geschichtsbetrachtung - Die AfD und ihr Geschichtsverständnis**
- ▶ **Bildungsarbeit in Gedenkstätten vor dem Hintergrund von erstarkendem Rechtspopulismus**

IDA_{NRW}

Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums
für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen
23. Jg., Nr 1, März
ISSN 1611-9703

Inhalt**Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus
in der historisch-politischen Bildungsarbeit**

- „Erweiterte Geschichtsbetrachtung“
Die AfD und ihr Geschichtsverständnis
Michael Sturm 3

- **Bildungsarbeit in Gedenkstätten vor
dem Hintergrund von erstarkendem
Rechtspopulismus**
Dr. Elke Gryglewski 7

Literatur und Materialien 11

Nachrichten 15

Veranstaltungen 16

Impressum

Der *Überblick* erscheint vierteljährlich, ist kostenlos und wird herausgegeben vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit in NRW (IDA-NRW), Volmerswerther Str. 20, 40221 Düsseldorf, Tel: 02 11 / 15 92 55-5, Fax: 02 11 / 15 92 55-69, Info@IDA-NRW.de
www.IDA-NRW.de

Unter <http://www.ida-nrw.de/publikationen/ueberblick/> ist der *Überblick* auch im pdf-Format herunterzuladen.

Redaktion: Karima Benbrahim

Der *Überblick* und IDA-NRW werden gefördert durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.

Einsendeschluss von Nachrichten und Veranstaltungshinweisen für 2/2017: 01.06.2017

Editorial

Liebe Leser_innen,

ich begrüße Sie alle herzlich als neue Leiterin des IDA-NRW und freue mich die erste Überblick Ausgabe 2017 herauszugeben. Ich werde nun die herausfordernde und zugleich spannende Aufgabe habe neben den Schwerpunktthemen Rechtsextremismus und Rassismuskritik in der politischen Bildungsarbeit weitere Themen wie Kritisches Diversity, Antidiskriminierungsarbeit und Empowerment in den (Über)Blick aufzunehmen.

Angesichts der kommenden Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beschäftigt mich seit Wochen der voraussichtliche Einzug der Partei Alternative für Deutschland in das Landesparlament und welche Bedeutung dies für die politische Bildung haben wird.

Am 17. Januar 2017 hielt Björn Höcke, Landesvorsitzender der „Alternative für Deutschland“ (AfD) in Thüringen auf Einladung der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ (JA) in Dresden eine höchst problematische Rede. In dieser Rede offenbarten sich geschichtsrevisionistische Inhalte, die sich gegen eine Erinnerungskultur den NS-Verbrechen richtete. Er verlangte hinsichtlich des Umgangs zur Geschichte Deutschlands eine „Wende um 180 Grad“ und bezeichnete eine Erinnerungsstätte an die Holocaust-Opfer als ein „Denkmal der Schande“.

Die Frage eines angemessenen Umgangs mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Argumentationen ist für die Bildungsarbeit nicht neu, aber die Auseinandersetzung mit Politiker_innen auf parlamentarischer Ebene. Somit haben parlamentarische Entscheidungen unmittelbare Folgen für die politische Bildungsarbeit. Dies betrifft besonders Politiker_innen, die geschichtsrevisionistische, nationalistische und völkische Inhalte setzen.

Wichtig ist hierbei den Blick auf Institutionen der Bildungsarbeit zu richten, wie zum Beispiel in der Gedenkstättenarbeit, die eine Notwendigkeit der Erinnerungskultur hervorhebt. Wie kann die Erinnerungsarbeit an historischen Orten im Hinblick auf den gesamtgesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit bewältigt werden? Wie können Pädagog_innen an den jeweiligen Orten auf den erstarkenden Rechtspopulismus eingehen? Wie können Bildungsangebote aussehen? Wie können Antworten auf die aktuellen Herausforderungen aussehen?

Herzliche Grüße, Karima Benbrahim

Schwerpunktthema:

Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus in der historisch-politischen Bildungsarbeit

Der erste Artikel dieses Überblicks analysiert das Geschichtsverständnis der rechtspopulistischen AfD und die immer wiederkehrenden Topoi „Volk, Nation und Kultur“ zur Konstruktion eines vermeintlich ethnisch und kulturell homogenen deutschen Volkes.

Der zweite Beitrag befasst sich mit der Auseinandersetzung von Rechtspopulismus in der Gedenkstättenarbeit und wie wir mit dieser Herausforderung umgehen können.

„Erweiterte Geschichtsbetrachtung“ – Die AfD und ihr Geschichtsverständnis

Michael Sturm

„Historisch“ – mit diesem Schlagwort lässt sich wohl das Geschehen rund um das Rathaus in Münster am Abend des 9. Februar 2017 beschreiben. Im Friedenssaal, in dem im Jahr 1648 mit dem „Westfälischen Frieden“ der Dreißigjährige Krieg zu Ende gegangen war, hatten sich rund 300 AnhängerInnen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zum Neujahrsempfang des AfD-Kreisverbandes Münster versammelt. Den Höhepunkt des Abends sollte die Rede der AfD-Bundesvorsitzenden Frauke Petry bilden, die nach mehreren protestbedingten Absagen nun erstmals die Gelegenheit erhielt in Münster öffentlich aufzutreten. Doch auch jetzt waren mehr als 8.000 Menschen gekommen, um ihren Unmut über die rechtspopulistische Partei lautstark kundzutun.

„Historisch“ ging es auch in der Ansprache von Frauke Petry zu. Bezugnehmend auf die Aura des Ortes bemühte sich die Parteivorsitzende ihren Worten geschichtliche Bedeutsamkeit zu verleihen. Den Ausgangspunkt ihrer Ausführungen bildete der von Petry als „deutsche Urkatastrophe“ bezeichnete Dreißigjährige Krieg. Petry verwies nicht nur auf die gewaltigen Opferzahlen, sondern konstatierte auch, dass in Folge des Krieges und des Westfälischen Friedens „die Deutschen ihre kulturelle Identität“ verloren hätten. Das „geschundene Deutsche Reich“ sei zu „politischer Ohnmacht“ verurteilt worden. Zudem hätten Franzosen, Niederländer, Schweden, Polen, Engländer und Dänen hemmungslos deutsche Territorien

okkupiert. Die Fortexistenz des „deutschen Volkes“ könne daher als „Wunder“ bezeichnet werden. Dessen „Wiederauferstehung“ in den folgenden Jahrzehnten berechtige, dazu an die „Tüchtigkeit, den Fleiß, den Durchhaltewillen und die Intelligenz unseres Volkes und seiner Bürger zu glauben“.

Die von Frauke Petry in ihrer Rede aufgerufenen historischen Kategorien und Deutungsmuster erscheinen indessen fraglich. Weder existierte im 17. Jahrhundert eine „kulturelle Identität der Deutschen“, noch konnte von einem „deutschen Volk“ die Rede sein, das sich auch als solches verstand. Noch zweifelhafter ist die Intention Petrys, einen Kanon an überhistorischen kollektiven Charaktereigenschaften eines homogen gedachten „deutschen Volkes“ zu konstruieren, dessen Kontinuitätslinien sich vorgeblich vom 17. Jahrhundert bis in die Jetztzeit verfolgen lassen. Ohnehin ergibt sich der Eindruck, dass der Rekurs auf den Dreißigjährigen Krieg und die daran geknüpften Interpretationen lediglich dem Zweck dienten, das für extrem rechte Geschichtsbilder wesentliche Narrativ von Untergang und nationaler „Wiedergeburt“ zu aktualisieren. Nur wenige Sätze nach ihren historischen Ausführungen entfaltete Petry den gegenwartsbezogenen Kern ihrer Rede. Demnach befinde sich, hervorgerufen durch islamistischen Terrorismus, die „Exzesse von Köln und andernorts“ sowie die unkontrollierte Einreise von „Gewalttätern“ in „unser Land“ – die Bundesrepublik in der „größten politischen Krise ihrer Existenz“.

Geschichtspolitik als Kulturkampf

Die Partei misst der Hinwendung zur Geschichte große Bedeutung bei. Für Parteiveranstaltungen wählen deren VertreterInnen immer wieder historische Kulissen. Im Oktober 2016 tagte beispielsweise die rheinland-pfälzische AfD-Landtagsfraktion auf dem Hambacher Schloss – wohl, um sich selbst in eine vermeintliche Traditionslinie zu den bürgerlichen Freiheits- und Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts zu stellen. Der am rechten Rand der Partei stehende völkisch-nationalistische „Flügel“ um Björn Höcke wiederum versammelte sich im Juni 2016 am Fuße des Kyffhäuser-Denkmals in Thüringen, das nicht zuletzt die Einheit des Deutschen Kaiserreiches gegen „innere Feinde“ symbolisieren sollte. Im Hinblick auf die kritische Auseinandersetzung

mit dem Nationalsozialismus postulierte Höcke schon bei dieser Gelegenheit, dass nun endlich wieder „Denkmäler“ errichtet werden müssten nachdem 70 Jahre lange „Mahnmale gebaut“ worden seien. In dieses Argumentationsmuster fügte sich auch dessen vielzitierte „Dresdner Rede“ vom Januar 2017, in der er das Berliner Mahnmal für die ermordeten Juden Europas als „Denkmal der Schande“ titulierte. Die Fokussierung auf Höckes skandalträchtigen Äußerungen verstellt indessen vielfach den Blick auf die strategischen und gemeinschaftsstiftenden Funktionen, die dem Gebrauch von „Geschichte“ in der AfD zukommen. Weitgehende Einigkeit besteht trotz vordergründiger Konflikte in der Partei, in dem Bestreben, die für die Rhetorik der AfD zentralen Kategorien „Volk“, „Nation“ und „Kultur“ als exklusive und homogen gedachte Entitäten zu konstruieren und diese „vorgestellten Gemeinschaften“ (Benedict Anderson) mit scheinbar historischen Argumenten zu legitimieren. Der Umstand, dass die AfD den Rekurs auf „Geschichte“ in instrumenteller Weise nutzt, um ihre politische Agenda mit der Aura historischer Bedeutsamkeit zu versehen ist nicht außergewöhnlich. Grundsätzlich stellen Erinnerungs- und Geschichtskulturen immer Konstruktionen dar, die sich nicht an einer „objektiven“ Bedeutung des erinnerten historischen Geschehens festmachen, sondern an den „Kriterien der Gegenwart“ orientiert sind. In diesem Sinne versucht auch die AfD ihre geschichtspolitischen Verlautbarungen in den Dienst ihrer Programmatik zu stellen, die im Wesentlichen als identitätspolitischer, nationalistisch ausgerichteter Kulturkampf daherkommt. Die historischen Mythen, und Erzählmuster, auf die sich die Partei bezieht, sind jedoch keineswegs von ihr selbst geschaffen worden. Vielmehr enthält das Geschichtsverständnis der AfD ein Bündel an Kernnarrativen, die als konstitutiv für extrem rechte Geschichtsbilder insgesamt bezeichnet werden können. Diese knüpfen sich an mythologisch aufgeladenen Schlüsselbegriffe wie „Volk“, „Gemeinschaft“ oder „Nation“.

Semantik des Niedergangs

Kennzeichnend für extrem rechte Geschichtsbilder ist ferner ein ausgeprägter Kulturpessimismus, der sich gegen heterogene Gesellschaftsentwürfe wendet, von ständigem Niedergang und der daran geknüpften fundamentalen Bedrohung für das „Volk“ kündigt. Eine

derartige Krisendiagnostik durchzieht nahezu alle programmatischen Verlautbarungen der AfD. In diese Weltsicht fügten sich die Ausführungen Frauke Petrys zum Dreißigjährigen Krieg, bevor sie anschließend den Bogen zur „größten politischen Krise“ der Bundesrepublik schlug. Alexander Gauland, Bundesvorstandsmitglied und Vorsitzender der AfD in Brandenburg, bemühte bei einer AfD-Demonstration in Berlin im November 2015 seinerseits fragwürdige historische Analogien, als er die aktuellen Flüchtlingsbewegungen mit der „Völkerwanderung“ verglich, die zum Untergang des Römischen Reiches geführt habe, als „die Barbaren den Limes überrannten“. Die Semantik des Niedergangs findet sich aber auch im Programmentwurf der AfD für die Bundestagswahl 2017. Demnach führe eine liberale Asyl- und Einwanderungspolitik sowie „Bevölkerungsexplosionen“ und „Migrationsströme“ langfristig zur „Selbstzerstörung unseres Staates und Volkes“. Vor allem in der Präsenz „von über 5 Millionen Muslimen“ will die AfD „eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“ erkennen. Mit ihrer Forderung, die „Rechtsstaatlichkeit“ in der Bundesrepublik wiederherzustellen, suggeriert die AfD zudem, dass diese in Deutschland beseitigt worden sei – und zwar durch eine „kleine machtvolle Oligarchie, die sich in den bestehenden Parteien ausgebildet“ habe. In diesen Argumentationsmustern zeigt sich zudem, wie sich kulturpessimistische Deutungsrahmen mit verschwörungstheoretischen Annahmen verbinden können.

Exklusiver Volksbegriff

Die Schlüsselkategorie extrem rechter Geschichtsbilder wie auch des Geschichtsverständnisses der AfD bildet jedoch, das Volk, das als Kollektivsubjekt mit einheitlichen Wahrnehmungen und Interessen erscheint. Die Vorstellung vom Volk als „Organismus“ oder als „Körper“ firmiert als zentraler Topos im Ensemble extrem rechter Grundpositionen. Sie spiegelt sich beispielsweise im Sprachgebrauch von André Poggenburg, Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt, als er Anfang Februar 2017 GegendemonstrantInnen als „Wucherung am deutschen Volkskörper“ bezeichnete. Sie kommt aber auch regelmäßig in den Reden von Björn Höcke zum Ausdruck, wenn er etwa an „mein liebes Volk“ appelliert, als dessen Stimme er

sich zu inszenieren versucht. Ein einheitliches Volk oder „Volkswille“ wird erst durch extrem rechte und rechtspopulistische AkteurInnen konstruiert, die keinen geringeren Anspruch erheben, als das gesamte Volk zu repräsentieren.

Die grundlegende Frage, wer eigentlich zum „Volk“ gehören solle, wird indessen in erster Linie damit beantwortet, wer dieser Gemeinschaft nicht zuzurechnen sei. Extrem rechte Vorstellungen stilisieren das „Volk“ zu einer „exklusiven“ Einheit, die ihre Konturen vor allem durch die Abgrenzung gegenüber jenen gewinnt, die kulturell und ethnisch als „anders“ und „fremd“ konstruiert werden. Dabei erweisen sich die Zuschreibungen von Zugehörigkeit und Nichtzugehörigkeit als weitgehend unveränderbar und somit gleichsam als überhistorisch. Demnach nehmen Ab- und Ausgrenzungspostulate in der AfD-Programmatik einen großen Raum ein.

Die Aversionen richten sich zum einen gegen die „Eliten“ oder das „Establishment“, die als korrupt und unmoralisch diskreditiert werden. Der bei Pegida- und AfD-Versammlungen auf Plakaten und in Sprechchören allgegenwärtige Slogan „Volksverräter“ bringt diese für das extrem rechte Volksverständnis zentrale Ausschlussrhetorik auf den Punkt. Zudem finden sich im Programmentwurf zahlreiche Aspekte eines kulturalisierenden „othering“. Dort heißt es beispielsweise apodiktisch: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“, da er „Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen“ sei und zudem, wie die AfD in ihrem Programm für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im März 2016 sekundierte, „unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt“ habe. „Der“ Islam erscheint somit als monolithische, vorwiegend ethnisch-kulturelle Einheit, die sich zudem in einem „Kulturkampf“ mit dem „Abendland“ befinde. Der exklusive Volksbegriff der AfD spiegelt sich aber auch in der Forderung, die deutsche Staatsbürgerschaft wieder an das Abstammungsprinzip zu knüpfen, da Deutschland kein Einwanderungsland sei. Menschen, die einwandern avancieren somit zu einer substantiellen Bedrohung für die homogene „Wir“-Gemeinschaft, knüpfen sich an die Migration doch scheinbar ausschließlich negative Entwicklungen, die beispielsweise mit Schlagwörtern wie „Einwanderungskriminalität“, „Einwanderung in die sozialen Sys-

teme“, „Kosten der Massenzuwanderung“ sowie „Gegen- und Parallelgesellschaften“ umrissen werden.

Monolithisches Kulturverständnis

Um gegenüber diesen vermeintlich existentiellen Herausforderungen bestehen zu können, proklamiert die AfD eine „deutsche Leitkultur“, die dem „Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit“ dienen soll. Diese sei vorwiegend durch Sprache, aber auch durch einen über alle historischen Zäsuren hinweg bestehenden „Kernbestand“ an „Wertehaltungen“ geprägt. „Kultur“ bildet somit eine weitere Schlüsselkategorie für das Geschichtsverständnis der AfD. Von „Kultur“, etwa von „deutscher“ oder „abendländischer“, wird zumeist nur im Singular gesprochen. In diesem Sinne erweist sich der Kulturbegriff als monolithisch und äußerst selektiv. Die Beobachtung, dass „Kulturen“ durch ständigen Wandel, geprägt sind und somit vor allem als Prozesse verstanden werden können, stößt hingegen auf unterschiedene Ablehnung. In ihrem Grundsatzprogramm verwahrt sich die AfD somit gegen die „Ideologie des Multikulturalismus, die importierte kulturelle Strömungen auf geschichtsblinde Weise der einheimischen Kultur gleichstellt.“ Als Gefahr für die kulturelle Substanz des deutschen Volkes hat die Partei aber auch die „Gender-Ideologie“ ausgemacht, stelle diese doch „traditionelle Wertevorstellungen und spezifische Geschlechterrollen in den Familien“ in Frage.

Der Verweis auf „Kultur“ vollzieht sich im Rahmen eines konsequenten „Freund-Feind“-Denkens. Ähnlich wie der Volksbegriff ist auch das Kulturverständnis „exklusiv“ geprägt. Gleichzeitig soll Kultur, der AfD zufolge, vollständig in den Dienst nationaler Identitätsstiftung gestellt werden. Besonders deutlich kommt dies im AfD-Programm für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zum Ausdruck. Dort heißt es unumwunden: „Museen, Orchester und Theater sind in der Pflicht einen positiven Bezug zur eigenen Heimat zu fördern“. Theaterstücke sollen so inszeniert werden, dass sie „zur Identifikation mit unserem Land anregen.“ Die VertreterInnen der AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt begreifen Kulturpolitik in erster Linie als Identitätspolitik: Anlässlich eines Tanztheaterprojekts „Das Fremde so nah“ polemisierte Hans-Thomas Tillschneider, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Land-

tagsfraktion, im Dezember 2016 gegen „links-liberale Vielfaltsideologien“, denen auf den Bühnen des Landes weniger Raum gegeben werden sollte. Vielmehr müsse, so bekräftigte sein Fraktionskollege Gottfried Backhaus, das Theater wieder zu seinem „volkspädagogischen Anspruch zurückfinden“, diene es doch vor allem der „Nationalbildung“.

Identitätsstiftendes Geschichtsbild

Als Referenzpunkte der „einheimischen Kultur“ firmieren häufig historische Versatzstücke aus dem 19. Jahrhundert bzw. der Zeit der Nationalstaatbildung. Hans-Thomas Tillschneider insistierte in der Theaterdebatte darauf, die Bedeutung der Romantik wieder stärker zu betonen, da dies die Epoche sei, „in der wir uns gefunden haben.“ Die sächsische AfD wiederum forderte in ihrem Programm für die Landtagswahl im September 2014 im Geschichtsunterricht einen deutlichen Schwerpunkt auf das 19. Jahrhundert und die Geschichte der antinapoleonischen Befreiungskriege zu legen – schließlich seien die Grundlagen „unseres Staates“ in den Jahren 1813, 1848 und 1871 gelegt worden. Bemerkenswert ist hier, dass in dieser Aufzählung ausgerechnet das Jahr 1918 fehlt, in dem die Monarchie durch rebellierende ArbeiterInnen und Soldaten gestürzt wurde und erstmals auf deutschem Boden eine demokratische Republik entstand.

Ohnehin ist auffällig, dass gesellschaftliche Bewegungen als geschichtsmächtige AkteurInnen eigentümlich blass bleiben. Vielmehr wird „Geschichte“ in der Wahrnehmung der AfD vor allem von „großen Männern“ gemacht, was wiederum den im 19. Jahrhundert hegemonialen Geschichtsbildern entspricht. In seiner Ansprache im Rahmen der Veranstaltung im Januar 2017, bei der auch Björn Höcke seine berüchtigte Rede hielt, beschwor etwa der Aachener AfD-Stadtrat Markus Mohr den „Genius eines Volkes“, indem er langatmig diverse männliche Erfinder- und Unternehmerpersönlichkeiten des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts auflistete. Frauen als historische AkteurInnen? Fehlanzeige.

Entsorgung der NS-Vergangenheit?

Doch so wortreich das 19. Jahrhundert für ein „positives Identitätsgefühl“ herangezogen wird, so schweigsam gibt sich die Partei, wenn

es um die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus geht. Die führenden ParteifunktionärInnen vermeiden es die präzedenzlosen nationalsozialistischen Verbrechen zu beschönigen oder sogar zu leugnen. Häufig findet die Zeit des Nationalsozialismus überhaupt keine oder allenfalls in verschleierte Floskeln gekleidete Erwähnung. Vielmehr geht es darum, die kritischen Erinnerungskulturen, die sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte entwickelt haben zu attackieren. Nicht die Faktizität des Nationalsozialismus steht somit in Frage, sondern die Auseinandersetzung damit.

Als Wortführer hat sich hier bislang Björn Höcke profiliert, der nicht nur in seiner „Dresdner Rede“ gegen die in seinen Augen „dämlische Bewältigungspolitik“ polemisierte, die „als gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe“ ein Volk lähme. Ganz auf dieser Linie wetterte Jens Maier, Zweiter auf der Landesliste der sächsischen AfD für die Bundestagswahl und als Richter am Landgericht Dresden tätig, als Vordröner von Höcke in unverhohlenen rechtsextremen Diktion gegen den in Deutschland angeblich praktizierten „Schuldskult“. Die vorgeblich auch parteiinterne Empörung Höcke resultierte jedoch weniger aus davon grundlegend abweichenden geschichtskulturellen Deutungsmustern. Das Grundsatz- wie auch das Wahlprogramm der AfD enthalten gleichermaßen die Forderung: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven und identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“

Die Behauptung, es gebe eine „Verengung“ der Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus, ist erstaunlich, waren doch vor allem die vergangenen zwei Jahrzehnte in der Bundesrepublik von einem regelrechten „Geschichtsboom“ geprägt, in dessen Kontext zahlreiche, vermeintlich „identitätsstiftende“ historische Projekte umgesetzt wurden: Die Wiedererrichtung der Dresdner Frauenkirche oder die gegenwärtige Rekonstruktion des Berliner Stadtschlösses sind hier ebenso zu nennen, wie das 1994 eröffnete „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn und das „Deutsche Historische Museum“ in Berlin (gegründet 1987). Deutlich wird letztlich, dass das schwammige Postulat einer „erweiterten Geschichtsbetrachtung“ mit

unterschiedlichen Deutungsmustern gefüllt wird, die jedoch allesamt auf eine mehr oder weniger entschlossen forcierte Entsorgung der NS-Vergangenheit hinauslaufen.

Einen Vorstoß in diese Richtung unternahm die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg als sie im Januar 2017 forderte die Landesförderung für die NS-Gedenkstätte Gurs in Frankreich zu streichen. Die AfD kritisierte den „Erinnerungstourismus in die Pyrenäen“ und verwahrte sich gegen eine „einseitige Betonung der dunklen Geschichtskapitel bei gleichzeitiger Verdrängung unserer historischen Leistungen.“ Aber auch Frauke Petrys im September 2016 geäußerte Absicht, den Begriff „völkisch“ positiv besetzen zu wollen, fügt sich in diese geschichtspolitische Linie, extrem rechte, historisch einschlägige Mythen und Begrifflichkeiten als gleichsam „normale“ Positionen zu etablieren. Während Björn Höcke die Rehabilitierung völkischen Gedankenguts in aller Offenheit zu betreiben versucht, kommen Frauke Petrys geschichtspolitische Vorstöße häufig im Gewand von Andeutungen oder angeblich vom „Establishment“ tabuisierten Fragestellungen daher. In ihrer Ansprache auf dem Hambacher Schloss im Oktober 2016 gab die Parteivorsitzende ihrer Hoffnung Ausdruck, dass künftig neben dem Ersten, auch der Zweite Weltkrieg „differenzierter“ und nicht nur aus der Perspektive der „Sieger“ beurteilt werden solle. Welche Differenzierungen Petry nun genau vornehmen möchte, blieb unklar. Steht etwa die deutsche Kriegsschuld zur Debatte? Oder die Tatsache, dass der Zweite Weltkrieg von deutscher Seite großenteils als rassistischer und antisemitischer Vernichtungskrieg geführt wurde? Was am Ende von Petrys Rede blieb war die raunende Behauptung, es existiere eine durch die Perspektive der Siegermächte verzerrte Deutung des Zweiten Weltkrieges.

Differenzen zwischen Petry und Höcke scheinen somit allenfalls im Tonfall, nicht jedoch in der Sache zu liegen. Letztendlich ist zu vermuten, dass die beiden, aber auch weitere AkteureInnen der AfD, die sich zu geschichtspolitischen Themen äußern, an historischen Details, geschichtswissenschaftlichen Erkenntnissen und abwägenden Urteilen ohnehin nur bedingt interessiert sind. In deren Perspektive geht es um nichts anderes als um das „Große Ganze“: Die Konstruktion einer nationalen Identität, die sich auf den Mythos, von einem

ethnisch und kulturell homogenen Volk gründet.

Bildungsarbeit in Gedenkstätten vor dem Hintergrund von erstarkendem Rechtspopulismus

Dr. Elke Gryglewski

Vorbemerkungen

Sowohl in Bezug auf den gesamtgesellschaftlichen Umgang mit der Vergangenheit als auch im Hinblick auf die konkrete Erinnerungsarbeit an historischen Orten können wir als Institution eine insgesamt produktive Entwicklung konstatieren. Die Gedenkstätten und Dokumentationszentren zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen (im Folgenden einfach NS-Gedenkstätten) haben in den letzten Jahrzehnten viel erreicht. Sie haben einen wesentlichen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in wissenschaftlicher und gesellschaftspolitischer Hinsicht geleistet. Die Bildungsarbeit ist hochprofessionell geworden und orientiert sich an den spezifischen Gegebenheiten der jeweiligen Orte. Wichtig ist es jedoch, auch einen Blick auf die Versäumnisse zu werfen, um eine angemessene Antwort auf die aktuellen Herausforderungen zu finden, die sich durch das Erstarken rechtspopulistischer Gruppierungen stellen.

Vorweg sei angemerkt, dass ich mit diesem Text nicht den Eindruck erwecken möchte, dass die NS-Gedenkstätten die Hauptleidtragenden in diesem Kontext sind. All jene, die aufgrund ihrer (vermeintlichen) Religion, Hautfarbe oder Kultur als „Fremde“ stigmatisiert werden, haben unter der Entwicklung weitaus mehr und auf eine ungleich unmittelbare Weise zu leiden.

Wenige Tage vor dem 75. Jahrestag der Wannsee-Konferenz in diesem Jahr forderte der Thüringische Landesvorsitzende der AfD eine 180°-Wende in der Erinnerungspolitik. Die Aufregung war zu Recht groß. Alle bei der Gedenkveranstaltung in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (GHWK) anwesenden Politikerinnen und Politiker bezogen sich in ihren Reden auf diese Aussage und hoben die Notwendigkeit einer

Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit hervor¹. Betont wurde der präventive Charakter dieser Auseinandersetzung gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder der konstituierende Charakter der Geschichte für unser Grundgesetz und die Demokratie. Es waren gute Ansprachen, für die Mitarbeitenden des GHWK von großer Bedeutung, so ließen sie doch keinen Zweifel daran, dass die tägliche Arbeit vor Ort nach wie vor ihre Berechtigung hat und von den Entscheidungsträgerinnen und -trägern nicht hinterfragt wird. Für die Mitarbeitenden des GHWK aber auch für anwesende Kolleginnen und Kollegen aus anderen NS-Gedenkstätten waren die Reden ein wichtiges Signal, da das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und dem Ausland zwangsläufig zu einer Verunsicherung führt. Doch worin diese Verunsicherung besteht und wie Reaktionen hierauf in der Gedenkstättenarbeit im Allgemeinen und konkret im Rahmen von Bildungsangeboten aussehen können, soll im Folgenden näher beleuchtet werden. Ein Teil der Aussagen gelten für alle NS-Gedenkstätten, andere hängen jedoch mit den spezifischen Gegebenheiten des GHWK zusammen.

Seit der Gründung der AfD im Jahr 2013 haben Mitarbeitende in NS-Gedenkstätten mit Beunruhigung das Erstarken besagter Partei beobachten müssen. Zunächst konnte man sich noch in dem Glauben wiegen, dass es hier im Wesentlichen um eine Kritik an der Politik der EU im Kontext der wirtschaftlichen Krise in einigen Ländern ging und die Partei weitgehend ignorieren. Sehr schnell – beunruhigend schnell – gab es für die vermeintliche Protestpartei Aufwind. Sie nutzte die durch die Ankunft geflüchteter Menschen in Deutschland entstandene Stimmung, heizte sie weiter an, dominierte die damit verbundenen politischen Debatten und zog schließlich in immer mehr Landtage ein. Dass ihr Diskurs irgendwann die Erinnerungspolitik berühren würde, ist nicht verwunderlich. Einerseits gibt es den Hinweis auf die sich aus der Geschichte ergebenden Lehren, der vielfach auch als Argument im Streit um die Flüchtlingspolitik geäußert wurde. So ist es natürlich richtig, dass gerade die Bundesrepublik aufgrund der Tatsa-

che, dass hunderttausende Jüdinnen und Juden in der Zeit des Nationalsozialismus ermordet wurden, weil ihnen in anderen Staaten die Aufnahme verweigert wurde, eine besondere Verpflichtung wahrnehmen sollte. Gleichzeitig könnte man aber auch fragen, ob es nicht ein grundsätzlich humanitäres Gebot ist, Menschen, die mit dem Tod bedroht sind, aufzunehmen – jenseits vom Vorhandensein irgendeiner historischen Erfahrung oder Verantwortung.

Andererseits – und dieses Phänomen kennen wir seitdem die ersten Gedenkstätten ihre Arbeit aufgenommen haben – gibt es die Projektion im Zusammenhang mit Verdrängungsmechanismen und/oder sekundärem Antisemitismus, in Deutschland dürfe man „wegen der Geschichte“ nicht seine Meinung sagen, Deutschland müsse – im Gegensatz zu sämtlichen anderen Staaten – „wegen der Geschichte“ das gesamte Not und Elend dieser Welt auf sich nehmen, usw. usf. Für diese Gruppe ist das Argument, es gibt in Deutschland im Kontext spezifischer Themen eine besondere Verantwortung in doppelter Hinsicht ein Angriff. Nicht nur, dass sie selber das Gedankenkonstrukt auf übertriebene und nicht der Realität entsprechende Weise vor Augen haben, sie haben auch noch das Gefühl, es als moralische Erwartungshaltung vorgesetzt zu bekommen.

Menschen, die schon immer so gedacht und gefühlt haben, die in den letzten Jahrzehnten Parteien wie die NPD, die Republikaner oder die DVU gewählt haben, finden sich bekanntlich auch im Sammelbecken der Wählerschaft der AfD. Vor diesem Hintergrund erstaunt es wie gesagt nicht, dass sich rechtspopulistische Politiker und Politikerinnen auch irgendwann zur Erinnerungskultur und -politik äußern würden.

Im Kreis der Kolleginnen und Kollegen wird deswegen auch das Argument angeführt, man solle jetzt nicht in Panik verfallen und daran denken, dass es schon immer Parteien wie diese gegeben habe, die nach einer gewissen Zeit dann aber wieder von der Bildfläche verschwunden seien. Dass dieses Argument in diesem Fall nicht zutreffend ist, hat wichtige Gründe.

¹ http://www.ghwk.de/fileadmin/user_upload/pdf-wann-see/newsletter/sondernewsletter_2017.pdf

Anders als früher zeigt sich am Erfolg der AfD, wie sehr deren Gedankengut aus der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ stammt oder in ihr verankert ist. Es sind nicht die plumpen Politiker der rechten Parteien, die man in den letzten Jahrzehnten angesichts ihrer vielfach unbeholfenen Äußerungen fast belächeln konnte und die intellektuell keine Bedrohung darstellten. Sie gibt es auch – aber es gibt eben auch diejenigen, die sich eloquent und staatsmännisch geben (können). Vermutlich ist das mitunter ein Grund, warum ihnen selbst öffentlich-rechtliche Medien so oft den Raum für Selbstdarstellungen boten und damit ebenfalls zur Verbreitung ihrer Positionen einen Beitrag leisteten – und auch dies trug sicherlich zur Verunsicherung bei.

Angesichts der großen Wahlerfolge der AfD ungeachtet ihrer zunehmenden Entfernung vom ursprünglichen Anliegen einer EU-Kritik und den gleichzeitig offen rechtspopulistischen Aussagen sollte die Verankerung dieses Gedankenguts in breiteren Teilen der Gesellschaft offenkundig sein. Dem scheint aber nicht so – ganz im Gegenteil: im politischen Diskurs auf Bundesebene wird nach wie vor so getan, als handle es sich bei den Verlautbarungen um jenseits von jeglichem politischen Konsens liegende Inhalte. Dass an dieser Darstellung so hartnäckig festgehalten wird, mag vielfach in dem bewussten oder unbewussten Wunsch begründet liegen, die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Erstarken oder dem Offensichtlich werden dieser Positionen nicht anzusprechen.

So hat neben vielen wirtschaftlichen und sozialen Gründen auch das in den letzten Jahren herausgebildete „Erfolgsnarrativ“ im Hinblick auf den Umgang mit der Vergangenheit – im Kreis von Kolleginnen und Kollegen u. a. mit dem Motto „vom Dunkel zum Licht“ umschrieben –, wenn auch unbeabsichtigt, zum Erstarken der Positionen beigetragen. Denn durch die Konzentration auf den (natürlich nicht ganz falschen) Erzählstrang von der erstaunlichen Entwicklung einer stabilen Demokratie in der Bundesrepublik trotz der hohen Beteiligung

von Altnazis beim Aufbau der Verwaltungsstrukturen und des öffentlichen Lebens werden die Folgen dieser „dunklen Phase“ ausgeblendet. Ebenso zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Tradierung von Mythen wie die vom Befehlsnotstand oder den Deutschen als den *wirklichen* Opfern des NS Regimes oder die Ausprägung des Phänomens der „Hitlerisierung“², das sich heute bei vielen Jugendlichen ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft findet. Vor allem von Bedeutung sind aber die ideologischen Kontinuitätslinien wie Antisemitismus oder Rassismus, die ebenfalls über die lange Zeit des Verschweigens und Verdrängens tradiert wurden. Und durch das Ausblenden oder Verdrängen dieser Kehrseite des defizitären Umgangs mit den NS-Tätern und Täterinnen wird die Bearbeitung gerade ideologischer Traditionslinien erheblich erschwert. Pädagogische Ansätze „erzählen“ dann beispielsweise den Antisemitismus bis 1945 und tun sich schwer in der Entwicklung von Konzepten gegen sekundären Antisemitismus, weil es diesen ja eigentlich gar nicht gibt.

Auch wir Mitarbeitenden von NS-Gedenkstätten sind (aus ganz menschlichen Gründen) nicht ganz frei von der Verantwortung für diese Entwicklung, führte schließlich zu der Herausbildung des genannten Narrativs auch die zunehmende institutionelle und in Teilen durchaus großzügige Förderung unserer Einrichtungen und Sonderprojekte, die Präsenz von Politikerinnen und Politikern bei unseren Veranstaltungen, wachsende Besucherzahlen und der internationale Bekanntheitsgrad.³ Wir haben es zwar immer gewusst (und öffentlich gesagt), aber nicht immer reell gelebt: Im Hinblick auf den Willen, sich mit der Vergangenheit nicht nur auseinanderzusetzen, sondern auch Konsequenzen aus ihr zu ziehen, hat es nie einen hundertprozentigen Konsens/ einhellige Meinung oder Bereitschaft gegeben. Das bedeutet, dass das hohe Maß an Verunsicherung, das auch bei den Mitarbeitenden von NS-Gedenkstätten herrscht, ganz wesentlich darauf zurückzuführen ist, dass Gedankengut und Positionen, die in der Gesellschaft immer vorhanden waren, nunmehr offenkundig geworden sind - und gleichzeitig unklar ist,

² Dabei geht es um einen Diskurs, der bewusst oder unbewusst Hitler sämtliche NS-Verbrechen zuschreibt. „Hitler hat die Juden umgebracht“, „Hitler hat die Konzentrationslager errichtet“ etc., vgl. dazu u. a. Zülsdorf-Kerstin, Meik, Sechzig Jahre danach: Jugendliche und Holocaust. Eine Studie zur geschichtskulturellen Sozialisation, Berlin 2007.

³ Mir ist bewusst, dass ich hier sehr stark aus der Perspektive einer bekannten, sogenannten großen Gedenkstätte argumentiere. Die Situation kleinerer, regionaler Gedenkstätten, deren Arbeit nicht minder wichtig ist, unterscheidet sich da strukturell und vor allem personell und finanziell erheblich.

ob und wie dieses Offene sich weiter ausbreiten wird und sich dann (neben handfesten Folgen in der Politik) in Äußerungen unserer Besucherinnen und Besucher niederschlagen wird.

Was sollten und können nun sinnvolle Reaktionen der NS-Gedenkstätten sein?

Der Erfolg der Arbeit der NS-Gedenkstätten liegt vor allem in der großen Bandbreite ihrer Zielgruppen und der daraus resultierenden erheblichen Reichweite. Damit verbunden ist jedoch auch die Verantwortung, diese Reichweite ernst zu nehmen und nicht durch moralisierende oder bevormundende pädagogische Konzepte die Adressatinnen und Adressaten abzuschrecken.

Sich die Standpunkte der Teilnehmenden von Bildungsangeboten anzuhören und zu versuchen, in einen konstruktiven Diskurs zu gehen, bedeutet mitnichten, dass alles erlaubt ist. Mitarbeitende in NS-Gedenkstätten sind auch den historischen Orten und der Geschichte, die sie repräsentieren, verpflichtet. Dem Andenken der Opfer und ihren Nachfahren Rechnung zu tragen, kann bedeuten, dass manche Äußerung unmissverständlich unterbunden werden muss. Auch weil in jeder Situation der Großteil der teilnehmenden Zuhörerinnen und Zuhörer möglicherweise noch nicht in seiner Haltung gefestigt ist. Sie sind es und all jene, die noch auf der Suche nach Antworten zu aktuellen Herausforderungen sind, für die historische Bildung gerade in der jetzigen Zeit immens wichtig ist.

Angesichts der überhöhten Erwartung an die NS-Gedenkstätten und die gleichzeitige Delegierung einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe an sie, zuständig zu sein für jede Form von Prävention gegen jede Art gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, und der lange Zeit besonders im schulischen Bereich üblichen Praxis, mit einem Zeitzeugengespräch oder einer einfachen Führung in einer NS-Gedenkstätte antisemitische oder rassistische Vorfälle erfolgreich bekämpfen zu wollen, hat sich ein auf andere Art und Weise problematischer Diskurs entwickelt. Ein Diskurs, der historisch-politischer Bildung kaum eine Funktion mehr zubilligt.

Aus den NS-Gedenkstätten heraus war zu Recht der Hinweis gekommen, dass mit historischer Bildung im Rahmen einer Führung oder eines Seminartages keine grundsätzliche Einstellungsänderung bewirkt werden kann.

Gleichzeitig wurden in anderen außerschulischen Lernorten Konzepte entwickelt, die sich an internationaler rassismuskritischer und antisemitismuskritischer Bildungsarbeit orientierten und – je nach Ausgangslage – geeigneter waren z. B. auf israelbezogenen Antisemitismus zu reagieren. Mir scheint, dass diese Entwicklung inzwischen „gekippt“ ist, dass historische Bildung/historisch-politische Bildung als veraltet und nicht zielführend betrachtet wird und sich diese Einschätzung in Teilen sogar in der Förderpolitik widerspiegelt, die permanent nach *innovativen* Konzepten verlangt. Vor lauter Innovation wird an den entsprechenden Stellen vielfach vergessen, dass Prävention *ohne* historische Bildung nicht trägt und nicht tragen kann. Wie soll man so Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Auftreten rechtspopulistischer Parteien in Vergangenheit und Gegenwart erkennen können? Wie sollen Kompetenzen entwickelt werden, die dazu befähigen zu erkennen, wenn im Sprachgebrauch rechtspopulistischer Parteien Vokabeln aufgenommen werden, die Teil des nationalsozialistischen Sprachgebrauchs waren mit einer ganz spezifischen rassistischen Konnotation? Wer, insbesondere wenn es sich um Jugendliche handelt, ist beispielsweise in der Lage Begriffe wie „Umvolkung“ und „völkisch“ einzuordnen und ihnen etwas entgegenzusetzen? Wo kann das Wissen erworben werden, faktenbasiert historische Analogien im Kontext von Flucht in Vergangenheit und Gegenwart ziehen zu können? Um beispielsweise kompetent Auskunft darüber geben zu können, wie sich die Konferenz von Evian von aktuellen Konferenzen zur Behandlung der „Flüchtlingskrise“ unterscheidet und wo es strukturelle Ähnlichkeiten gibt.

Gerade angesichts der an vielen Schulen extrem verkürzten Zeit, die es verunmöglicht, sich fundiert mit NS und dem Völkermord an den Juden, aber auch mit anderen Diktaturen und Genoziden auseinanderzusetzen, erfüllt historische und historisch-politische Bildung in Gedenkstätten eine sehr wichtige Funktion.

Dabei geht es um historische Bildung, die nicht schnell und verkürzend Vergleiche vornimmt zwischen der sogenannten Reichskristallnacht und dem Anzünden von Flüchtlingsunterkünften. Und es geht auch nicht darum, bei allen Besucherinnen und Besuchern von uns aus aktiv diese Themen aufzubringen. Es

geht vielmehr nach wie vor darum, die Geschichte der jeweiligen historischen Orte in einer die einzelnen Zielgruppen ansprechenden Form vorzustellen und dabei die Möglichkeit zu geben, eigene Bezüge und Fragestellungen dazu zu entwickeln. Durch dieses Vorgehen erfahren die Mitarbeitenden in den NS-Gedenkstätten zwangsläufig, welches die Themen sind, die die Besucherinnen und Besucher bewegen. Dass dies gerade in den jetzigen Zeiten vielfach genau die Auseinandersetzung mit dem Gedankengut rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und im Ausland bedeutet, zeigt, dass wir angesichts der beschriebenen negativen Situation auch die positive Entwicklung einer zunehmenden Politisierung gerade junger Menschen erleben. Auch um ihnen gerecht zu werden, sollten wir selber fundiert mit Vergleichen umgehen, die uns entgegengebracht werden.⁴ Dabei sollte darauf geachtet werden, welche Vergleiche tatsächlich dazu dienlich sind, Lehren für die Gegenwart daraus zu ziehen, und wo Vergleiche in apologetischer Absicht geäußert werden.

Schließlich geht es bei der Klärung der Aufgaben und Situation der NS-Gedenkstätten noch um eine ganz praktische Frage, die jedoch im individuellen Fall weitreichende Folgen haben kann. Angesichts der Tatsache, dass AfD-Politikerinnen und -Politiker in immer mehr Parlamente einziehen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie im Rahmen von Besuchen der Politik auch in NS-Gedenkstätten erscheinen werden. Sollten sie bei der nächsten Bundestagswahl in den Bundestag einziehen, werden sie, wie alle anderen Abgeordneten auch das Recht haben, für ihre Wählerschaft Berlinbesuche über das Bundespresseamt organisieren zu lassen, die sie zwangsläufig an zahlreiche Erinnerungsorte in der Stadt führen wird. Angesichts von schlechten Erfahrungen mit rechtspopulistischen Äußerungen von Besucherinnen und Besuchern im GHWK wurde im Team der festen und freien Mitarbeitenden diskutiert, wie in solchen Fällen zu reagieren sei. Die Meinungen sind unterschiedlich und reichen von der Überzeugung von der Notwendigkeit, mit diesen Gruppen zu arbeiten bis hin zu der Ablehnung vor dem Hintergrund eigener Betroffenheit von den Aussagen und

Handlungen der betreffenden Politik. Wir haben entschieden, dass es kein Richtig oder Falsch im Hinblick auf die Reaktion gibt. Es wird jedoch allen freigestellt, ob sie diese Gruppen betreuen möchten oder nicht. Diejenigen, die die Betreuung übernehmen werden, werden auch hier mit Kompetenz und Sachlichkeit – und im Zweifel mit eindeutigen Grenzziehungen – die Geschichte des Ortes vermitteln. Eine Geschichte, die nachgerade repräsentativ ist für die Bedeutung der Auseinandersetzung mit Sprache und mit Verwaltungshandeln, da der Ort exemplarisch für Prozesse steht, die mit Sprache oder mit arbeitsteiligen Verwaltungsabläufen verschleiert werden können.

Dies historisch einzuordnen, auf nachvollziehbare Weise zu vermitteln und damit das Wissen den Besucherinnen und Besuchern als Kompetenz mit auf den Weg zu geben ist m. E. eine ungemein wichtige Präventionsarbeit in der jetzigen Zeit.

Literatur und Materialien

... zum Thema Rechtsextremismus

Bund der Deutschen Landjugend (BDL) e. V. (Hg.): Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen, aktualisierte Arbeitshilfe, Berlin 2017

Flümann, Gereon (Hg.): Umkämpfte Begriffe. Deutungen zwischen Demokratie und Extremismus (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bd. 10024), Bonn 2017

Humanistische Union, vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative (Hg.): vorgänge 216. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Schwerpunkt: Rechtspopulismus / Rechtsextremismus, 55. Jg., Heft 4, Dezember 2016, Berlin 2016

Kleffner, Heike/Meisner, Matthias (Hg.): Unter Sachsen. Zwischen Wut und Willkommen. Mit Fotos von Christian Ditsch und Karikaturen von Klaus Stuttmann, Berlin: Christoph Links, 2017

Koehler, Daniel: Right-Wing Terrorism in the

⁴ In den letzten Wochen äußerten Besucherinnen und Besucher unterschiedlichen Alters mehrfach, dass sie angesichts

der Entwicklungen in der Türkei jetzt verstünden, wie Hitler 1933 seine Macht sichern konnte.

21st Century. The 'National Socialist Underground' and the history of terror from the Far-Right in Germany (Routledge Studies in Fascism and the Far Right), London/New York: Routledge, 2017

Landesintegrationsrat NRW (Hg.): Vielfalt schätzen – Rassismus ächten! Rechtsaußenparteien und ihre Aktivitäten vor der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen. Eine Handreichung des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA) im Auftrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2017

Langebach, Martin/Habisch, Cornelia (Hg.): Zäsur? Politische Bildung nach dem NSU (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bd. 1640), Bonn 2015

Röpke, Andrea: 2017 Jahrbuch rechte Gewalt. Chronik des Hasses. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2016, München: Knauer, 2017

... zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Rassismuskritik

Amjahid, Mohamed: Unter Weißen. Was es heißt, privilegiert zu sein, München: Hanser Berlin, 2017

Arnold, Sina: Das unsichtbare Vorurteil. Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11, Hamburg: Hamburger Edition, 2016

Benz, Wolfgang: Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung (Wissen), München: C. H. Beck, 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl., 2017

Detzner, Milena/Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) (Hg.): Rassismuskritik. Versuch einer Bilanz über Fehlschläge, Weiterentwicklungen, Erfolge und Hoffnungen. Erweiterte Dokumentation der Fachtagung zum 25-jährigen Jubiläum des Informations- und

Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung (IDA e. V.) am 27. und 28. November 2015 in der Berliner Stadtmission, Düsseldorf 2016

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) (Hg.): Tangram – Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Themenheft „Rassendiskriminierung und Zugang zur Justiz“, Nr. 38, Dezember 2016, Bern 2016

Feustel, Robert/Grochol, Nancy/Prüwer, Tobias/Reif, Franziska (Hg.): Wörterbuch des besorgten Bürgers, Mainz: Ventil, 2016

Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Deutscher Koordinierungsrat e. V. (Hg.): Nun Gehe hin und Lerne. Themenheft 2017, Bad Nauheim 2016

Gewalt Akademie Villigst/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg (Hg.): Rassismuskritische Arbeit mit Kindern. Praxis- und Methoden-Handbuch (edition zebra), Schwerte 2016

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) (Hg.): Glossar der Neuen deutschen Medienmacher. Formulierungshilfen für einen diskriminierungssensiblen Sprachgebrauch in der Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft, 2. ergänzte Aufl., Düsseldorf 2016

Mense, Thorsten: Kritik des Nationalismus (theorie.org), Stuttgart: Schmetterling, 2016

Müller, Jost: Ideologische Formen. Texte zu Ideologietheorie, Rassismus, Kultur (kritik & utopie), Wien: Mandelbaum, 2017

Noiriel, Gérard: Die Tyrannei des Nationalen. Sozialgeschichte des Asylrechts in Europa. Aus dem Französischen von Jutta Lossos und Rolf Johannes, Springe: zu Klampen!, 2. Aufl., 2016

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Bundesvorstand (Hg.): Antirassistische Pädagogik (24 Stunden sind kein Tag, Heft 36), Berlin 2016

Steuten, Ulrich (Hg.): Für immer „Zigeuner“? Zur Kontinuität des Antiziganismus in Deutschland (die Publikation wurde initiiert von: VIA – Verband für Interkulturelle Arbeit), Duisburg 2017

Tuzcu, Pinar: „Ich bin eine Kanackin“. Decolonizing Popfeminism – Transcultural Perspectives on Lady Bitch Ray (Gender Studies), Bielefeld: transcript, 2017

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG) (Hg.): Unterstützung nach einem rassistischen Angriff. Ein Ratgeber für Geflüchtete in Einfacher Sprache, Berlin 2016

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG) (Hg.): Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche auf der Straße – zu Hause und im Büro – bei Veranstaltungen – im Internet. Ein Ratgeber für Betroffene und Unterstützer*innen, 4. überarbeitete Aufl., Berlin 2016

Völkel, Bärbel/Pacyna, Tony (Hg.): Neorassismus in der Einwanderungsgesellschaft. Eine Herausforderung für die Bildung (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2017

Wiesendahl, Elmar (Hg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden: Springer VS, 2017

Wildt, Michael: Volk, Volksgemeinschaft, AfD (kleine reihe), Hamburg: Hamburger Edition HIS, 2017

... zu den Themen NS und Vergangenheitspolitiken

Erinnerungsort Alter Schlachthof, Hochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften (Hg.): Überleben, um zu erinnern: Ilse Rübsteck-Falkenstein (Pädagogische Materialien 01), Düsseldorf 2016

Koch, Christina: Wissen von Kindern über den Nationalsozialismus. Eine quantitativ-empirische Studie im vierten Grundschuljahr (Research), Wiesbaden: Springer VS, 2017

... zu den Themen Migration und Migrationsgesellschaft

Antes, Peter/Ceylan, Rauf (Hg.): Muslime in Deutschland. Historische Bestandsaufnahme, aktuelle Entwicklungen und zukünftige Forschungsfragen (Islam in der Gesellschaft), Wiesbaden: Springer VS, 2017

Bieber, Christoph/Blätte, Andreas/Korte, Karl-Rudolf/Switek, Niko (Hg.): Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung (Studien der NRW School of Governance), Wiesbaden: Springer VS, 2017

Breitenfellner, Helene/Crailsheim, Eberhard/Köstlbauer, Josef/Pfister, Eugen (Hg.): Grenzen – kulturhistorische Annäherungen (Expansion – Interaktion – Akkulturation. Globalhistorische Skizzen, Bd. 30), Wien: Mandelbaum, 2016

Drücker, Ansgar/Seng, Sebastian/Töbel, Sebastian im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) (Hg.): Geflüchtete, Flucht und Asyl. Texte zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, Flucht- und Lebensrealitäten, rassistischen Mobilisierungen, Selbstorganisation, Empowerment und Jugendarbeit, Düsseldorf 2016

El Masrar, Sineb: Muslim Girls. Wer sie sind, wie sie leben, Freiburg i. B./Basel/Wien: Herder, 2. Aufl., 2016

El-Gawhary, Karim/Schwabeneder, Mathilde: Auf der Flucht. Reportagen von beiden Seiten des Mittelmeers (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bd. 1694), Bonn 2016

Gatt, Sabine/Hazibar, Kerstin/Sauermann, Verena/Preglau, Max/Ralser, Michaela (Hg.): Geschlechterverhältnisse der Migrationsgesellschaften. Repräsentationen – Kritik – Differenz (Österreichische Zeitschrift für Soziologie (ÖZS), 41, Jg., Sonderheft 16/2016), Wiesbaden: Springer VS, 2016

Ghaderi, Cinur/Eppenstein, Thomas (Hg.): Flüchtlinge. Multiperspektivische Zugänge, Wiesbaden: Springer VS, 2017

Groß, Torsten/Huth, Susanne/Jagusch, Birgit/Klein, Ansgar/Naumann, Siglinde (Hg.):

Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft (Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2017

Hinterhuber, Eva Maria: Abrahamischer Dialog und Zivilgesellschaft. Eine Untersuchung zum sozialintegrativen Potenzial des Dialogs zwischen Juden, Christen und Muslimen (Macedenata Schriften, Bd. 4), Stuttgart: Lucius & Lucius, 2009

Lahusen, Christian/Schneider, Stephanie (Hg.): Asyl verwalten. Zur bürokratischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2017

Landesintegrationsrat NRW (Hg.): 20 Jahre Landesintegrationsrat NRW. Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden!, Düsseldorf 2016

Mazyek, Aiman: Was machen Muslime an Weihnachten? Islamischer Glaube und Alltag in Deutschland, München: C. Bertelsmann, 2016

Medienprojekt Wuppertal (Hg.): Einschneidendes Erlebnis. Eine Dokumentation über die Bedeutung der männlichen Beschneidung für Juden und Moslems (DVD), Wuppertal 2016

Ternès, Anabel/Peter Ustinov Stiftung/Zimmermann, Karolina/Herzog, Lisa/Udovychenko, Margaryta: Flüchtlingsstandort Deutschland – eine Analyse. Chancen und Herausforderungen für Gesellschaft und Wirtschaft, Wiesbaden: Springer Gabler, 2017

Verband für Interkulturelle Arbeit e. V. (VIA) (Hg.): VIA Magazin. Themenheft „Engagierte Migrantinnen. Neue Perspektiven auf Partizipation und Engagement migrierter Frauen“, Ausgabe Nr. 5-XIV-16, Dezember 2016, Duisburg 2016

Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. (Hg.): Kulturpolitische Mitteilungen.

... zum Thema Migrationspädagogik

Arbeitsgemeinschaft Offene Türen Nordrhein-Westfalen e. V. (AGOT-NRW) (Hg.): Vielfalt –

Wir leben sie! Geflüchtete Kinder und Jugendliche in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Dokumentation des Projektes „Unterstützung und Weiterentwicklung von Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen für Neuzuwander*innen und Geflüchtete – Feuerwehrtopf“), Düsseldorf 2016

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW) (Hg.): Kinder- und Jugendarbeit zu rassismuskritischen Orten entwickeln. Anregungen für die pädagogische Praxis in der Migrationsgesellschaft, Düsseldorf 2016

Korntheuer, Annette: Die Bildungsteilhabe junger Flüchtlinge. Faktoren von Inklusion und Exklusion in München und Toronto (Bildung in Umbruchsgesellschaften, Bd. 13), Münster/New York: Waxmann, 2016

Otto, Johanna/Migas, Karolin/Austermann, Nora/Bos, Wilfried: Integration neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher ohne Deutschkenntnisse. Möglichkeiten, Herausforderungen und Perspektiven, Münster/New York: Waxmann, 2016

Schemmel, Annette/Huf, Paul: Praxishandbuch Kulturelle Bildung mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2017

Seibold, Claudia/Würfel, Gisela (Hg.): Soziale Arbeit mit jungen Geflüchteten in der Schule, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2017

Thiagarajan, Sivasailam/Bergh, Samuel van den: Interaktive Trainingsmethoden. Thiagis Aktivitäten für berufliches, interkulturelles und politisches Lernen in Gruppen, Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 3. Aufl., 2016

... zu den Themen Jugendarbeit und Jugendhilfe

Autor_innenkollektiv/DGB-Jugend Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt (Hg.): Geschlechterreflektierende Bildungsarbeit. (K)eine Anleitung. Hintergründe – Haltungen – Methoden, Hannover 2011

Jantschek, Ole/Lorenzen, Hanna im Auftrag

der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (Hg.): Generation Europa – Politische Jugendbildung für das Europa von morgen. Jahrbuch 2016, Berlin 2016

Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayerns e. V. (Hg.): Integration auf dem Land. Erfahrungen. Infos. Methoden. (Werkbrief für die Landjugend), München 2016

Nachrichten

Neue Broschüre: *Kinder- und Jugendarbeit zu rassismuskritischen Orten entwickeln. Anregungen für die pädagogische Praxis in der Migrationsgesellschaft, 2016*



Migrationspädagogik und Rassismuskritik erscheinen vielleicht auf den ersten Blick abstrakt. Die vorliegende Broschüre will diese Begriffe mit Leben füllen und zeigen, dass eine migrationspädagogische und rassismuskritische Praxis umsetzbar ist. Sie soll Mut machen und inspirieren, die eigene Praxis zu reflektieren und weiterzuentwickeln, um adäquate pädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche in der Migrationsgesellschaft anbieten zu können. Dazu gehört es, sowohl ein Bewusstsein für die Bedeutung von Rassismus in der alltäglichen pädagogischen Praxis zu entwickeln als auch institutionelle Strukturen zu verändern.

Den Kern der vorliegenden Broschüre bilden die Darstellungen der insgesamt 21 Praxisprojekte ab, die sechs inhaltliche Schwerpunkte einer rassismuskritischen Arbeit in den Vordergrund stellen: Kinder und Jugendliche als Zielgruppe, Empowerment von Jugendlichen,

Sensibilisierung von Jugendlichen für Rassismus und Antisemitismus, institutionelle Strukturen schaffen und verändern, Vernetzung und Qualifizierung. Die hier dokumentierten Projekte zeigen die Vielfalt und Kreativität migrationspädagogischer sowie rassismus- und antisemitismuskritischer Kinder- und Jugendarbeit: Pädagogische Settings und Strukturen der unterschiedlichen Einrichtungen, in denen eine Auseinandersetzung mit strukturellem, institutionellem und alltäglichem Rassismus und Antisemitismus sowie mit Strategien des Empowerments ermöglicht wird.

Neben der Abbildung der Praxisprojekte werden in dem Beitrag Gelingensbedingungen einer rassismuskritischen und migrationspädagogischen Kinder- und Jugendarbeit Voraussetzungen und Rahmenbedingungen einer angemessenen Kinder und Jugendarbeit, wie sie von den Akteur_innen der präsentierten Projekte benannt wurden, in den Blick genommen. Die Projektverantwortlichen wurden danach gefragt, welche Bedingungen die erfolgreiche Umsetzung der Projekte möglich gemacht haben und wo sie Stolpersteine und Herausforderungen sehen.

Die Publikation kann online heruntergeladen werden unter http://www.ida-nrw.de/cms/upload/download/Broschuere_Kinder-uJugendarbeit_Hyperlinks_final.pdf und/ oder bei IDA-NRW gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der gewichtsabhängigen Portokosten www.ida-nrw.de/publikationen/bestellformular/ bestellt werden.

Infos:

IDA-NRW

Volmerswerther Straße 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 0211/ 15 92 55 69

Info@ida-nrw.de

www.ida-nrw.de/cms/upload/download/Broschuere_Kinder-uJugendarbeit_Hyperlinks_final.pdf

Veranstaltungen

Workshop: Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und rassistischer Hetze – Strategien und Handlungsmöglichkeiten im pädagogischen Kontext

Termin: 24. April 2017

Ort: Köln

Infos: Landesarbeitsgemeinschaft Katholische, Jugendsozialarbeit Nordrhein-Westfalen e.V., Ebertplatz 1, 50668 Köln

Anmeldung:

franziska.schulz@jugendsozialarbeit.info

oder per Fax: 02 21/ 16 53 79 23

Seminar: An allem sind die Juden und die Radfahrer schuld.“ Aktuelle Formen des Antisemitismus

Termin: 05. – 07. Mai 2017

Ort: Hattingen

Infos: DGB Jugendbildungszentrum Hattingen, Am Homberg 44-50, 45529 Hattingen

Anmeldung: info@koelnische-gesellschaft.de,
<http://www.koelnische-gesellschaft.de/jeder-zeit-wieder.php>

Ort: DGB Tagungszentrum Hattingen und ver.di Bildungsstätte Saalfeld (Thüringen)

Infos: DGB Bildungswerk e.V., Forum Politische Bildung, Am Homberg 44-50, 45529 Hattingen,

<http://www.multiplikatorenbildung.de/multiplikatoren/mqrex-rechtsextremismus>

Tel.: 0 23 24/5 08-4 80, Fax: 0 23 24 /5 08- 4 86

Fachtagung: „Wegschauen geht nicht – #Rechtsextremismus #Geschlechter #Prävention“

Termin: 12. Mai 2017

Ort: Landschaftsverband Rheinland (LVR), Köln

Infos: Fachstelle Gender NRW Geschlechtergerechtigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe, Rathenastr. 2 - 4, 45127 Essen, Tel.: 0 201/ 8 50 88-0, fachstelle@gender-nrw.de,
www.gender-nrw.de

Fortbildung: MQ: REX Multiplikator_innenqualifizierung Rechtsextremismus, Prävention und Intervention

Termin: Mai bis Dezember 2017 (5 Module)